

FOKUS

ANALYSEN & PERSPEKTIVEN FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT

FOKUS • TRENDSZENARIEN

ALS E-PAPER UNTER
BUNDESHEER.AT/FOKUS

UNSICHERE WELT – SICHERES HEER

SICHERHEITSPOLITISCHE VORSCHAU 2016



VERGLEICH

Europas Krisenregionen: Stabilität
am Prüfstand



AUSBLICK

Herausforderungen für Österreichs
Sicherheit



ANALYSE

Die europäische Flüchtlingskrise
braucht eine globale Lösung



04

Was uns 2016 fordert

06

Österreich auch morgen
sicher machen

08

Europas Nachbarregionen:
Stabilität am Prüfstand

11

Russland: neues Modell gefragt

12

Regional gegen global

14

Die neue alte Rolle der NATO

15

Terror mit Strategie bekämpfen

16

Die Zukunft der EU und
ihrer Sicherheitspolitik

18

Die Flüchtlingskrise braucht
eine globale Lösung

20

Interview mit ...
GenMjr Dr. Johann Frank,
Direktor für Sicherheitspolitik

22

Herausforderungen für
Österreichs Sicherheit

25

Starke Leistung – sicheres Österreich



Generalmajor
Dr. Johann Frank

Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im BMLVS

FOKUS EDITORIAL

ZUKUNFT BRAUCHT SICHERHEITSKOMPETENZ!

FOKUS. *Analysen & Perspektiven für Österreichs Sicherheit* bietet Ihnen exklusiv einen kompakten Überblick über die Kernaussagen der 400 Seiten starken „Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2016“. Die Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung (siehe Glossar Seite 26) hat für diese Publikation hochkarätige internationale und eigene Expertisen gebündelt.

Die Analysen der Experten machen einmal mehr deutlich, dass die sicherheitspolitischen Risiken für die EU und Österreich weiter zunehmen. Die internationale Politik ist wieder stärker von Fragen der Geopolitik und der militärischen Verteidigung bestimmt. Auch Europa muss daher wieder lernen, strategischer zu denken und zu handeln.

Spätestens die Terroranschläge von Paris haben auf dramatische Weise gezeigt, dass die Staaten vor der grundlegenden Herausforderung stehen, die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger neu zu gewährleisten. Eine große Herausforderung stellt auch die Flüchtlingskrise dar, zu deren Bewältigung das Bundesheer im Assistenz- und Hilfeinsatz bisher wichtige Beiträge geleistet hat.

Außer Frage steht also: Unser sicherheitspolitisches Umfeld ist deutlich unsicherer geworden. Europa und Österreich müssen handlungsfähig sein und ihre Widerstandskräfte erheblich stärken. Die Welt wird unsicher – und ein starkes österreichisches Bundesheer damit noch wichtiger.

Dies erfordert verbesserte gesamtstaatliche Koordinationsmaßnahmen, eine Intensivierung der Kooperation zwischen allen Sicherheitsakteuren, aber vor allem auch finanzielle Mittel für einen ordentlichen laufenden Betrieb und für notwendiges modernes Gerät. Dazu gehören aber auch angemessene österreichische Beiträge im Ausland zur Stabilisierung unseres gesamt-europäischen Umfelds.

Genauso notwendig sind die generelle Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins sowie die Einsicht in die Notwendigkeiten militärischer Sicherheitsvorsorge! Zukunft braucht in jeder Hinsicht noch mehr Sicherheitskompetenz. Nur dann ist gesichert, dass Österreich auch morgen sicher bleibt.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen mit **FOKUS** eine aufschlussreiche Lektüre. Gleichzeitig soll damit auch ein Startschuss für eine moderne wehrpolitische Kommunikation des BMLVS gegeben werden.

Geben Sie diese Publikation weiter und nutzen Sie diese Analyse auch als E-Paper, zum Download unter:
www.bundesheer.at/fokus

Ihr

Johann Frank
Generalmajor
Dr. Johann Frank

IMPRESSUM

MAGAZIN FOKUS

FOKUS. Analysen & Perspektiven für Österreichs Sicherheit ist ein regelmäßig erscheinendes Magazin des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport und bietet einen kompakten und exklusiven Überblick zu aktuellen Sicherheitsthemen.

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND HERSTELLER

Republik Österreich/Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, BMLVS, Rossauer Lände 1, 1090 Wien

LEITUNG

Generalmajor Dr. Johann Frank, Direktion für Sicherheitspolitik

REDAKTION

GPK Wien, Büro für Sicherheitspolitik: Oberst dG MMag. Georg Geyer

FOTOGRAFIE

BMLVS – Heeresbild- und Filmstelle, istockphoto, Shutterstock

GRAFIK, LAYOUT, SATZ

GPK Wien, WERK 42/Roland Futterknecht
Direktion für Sicherheitspolitik

LEKTORAT

Ernst Böck

KONTAKT

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Direktion für Sicherheitspolitik
Rossauer Lände 1, 1090 Wien
Tel: 050201 10 25430
E-Mail: bfsihpol@bmlvs.gv.at

HERSTELLUNG

BMLVS/Heeresdruckzentrum

ALS E-PAPER

www.bundesheer.at/fokus



WAS UNS 2016 FORDERT: DAS SIND DIE SCHLÜSSELFAKTOREN FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT

Das neue Trendszenario für die österreichische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zeigt, was unsere Sicherheit 2016 beeinflusst und worauf es für mehr Sicherheit ankommt.

Welche Trends bestimmen künftig unsere Sicherheit? Welche Veränderungen zur bisherigen Entwicklung gibt es? Und was bedeutet das für unsere Verteidigungsplanung? Diese Fragen sind in fordernden Zeiten akuter denn je. Das Österreichische Bundesheer analysiert deshalb regelmäßig Schlüsselfaktoren für unsere Sicherheit und ihre Entwicklung (siehe Grafik Seite 7). Die sicherheitspolitische Jahresvorschau der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung



Kompetenz. „Sicher. Und morgen?“ gibt einen ausgezeichneten Überblick über relevante Entwicklungen und wichtige Einflussfaktoren für 2016.

und Sport bringt in ihrem neuen Trendszenario systematisch auf den Punkt, was uns 2016 fordert (siehe Kasten „Die Methode“).

Entscheidende Faktoren

Nach den Befunden der eigenen und internationalen Experten spielen gegenwärtig sieben Faktoren eine Schlüsselrolle für unser sicherheitspolitisches Umfeld:

- die Stabilität europäischer Nachbarregionen
- die Rolle Russlands in Europa
- globale machtpolitische Entwicklungen
- die globale Konfliktentwicklung
- die zukünftige Rolle der NATO
- die politische Entwicklung der EU-Integration
- die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Sicherheitspolitische Lage verschlechtert sich

Für 2016 ist insgesamt von einer Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage der Europäischen Union und Österreichs auszugehen: Konflikte in der europäischen Nachbarschaft verschärfen sich. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der EU und ihrer 27 Mitgliedsstaaten. Insbesondere belasten Migration und Terrorismus die europäische Sicherheitslage. Trotz europaweiter Stabilisierung der

Verteidigungsbudgets ist die EU auch weiterhin nicht in der Lage, eigenständig größere Operationen zur Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen durchzuführen.

Europa am Scheideweg

Die sicherheitspolitische Handlungsschwäche der EU wird zunehmend zum Problem. Die EU steht 2016 noch dramatischer als 2015 vor dem Scheideweg, ob sie den aktuellen, durch die Migrationskrise verstärkten Trend in Richtung Renationalisierung überwinden kann – oder nicht. Auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten erfolgsentscheidend. Klar ist, dass für Österreich die politische Entwicklung der EU weiterhin zentral ist: Die EU ist der entscheidende Handlungsrahmen und zugleich der stärkste Faktor für Österreichs Sicherheit.

Wichtige Stabilität der europäischen Nachbarschaft

Die Stabilität der europäischen Nachbarschaft ist aus Expertensicht 2016 der wichtigste Faktor für unsere Sicherheit. Der Syrienkonflikt und die damit verbundene Flüchtlingswelle sind dafür verantwortlich. Zunehmend wichtig wird auch die Stabilität



1 **Herausforderungen.** Unruhen innerhalb Europas wie in der Ukraine sind aktuelle Herausforderungen für die gesamte EU und Österreich.
2 **Bedrohung.** Terroristische Gruppierungen wie der Islamische Staat sind eine ernstzunehmende Bedrohung.



Hilfe. Stabilität in Afrika ist auch für Österreichs Sicherheit wichtig: in Mali beteiligt sich Österreich mit Experten und Ausbildungspersonal.



Brigadier Mag. Gustav E. Gustenau
Verbindungsperson des BMLVS zum Nationalen Sicherheitsrat

Angesichts der multiplen Krisen, mit denen die EU und ihre Mitgliedsstaaten konfrontiert sind, stellt sich immer mehr die Frage nach der Resilienz einzelner Staaten bzw. der EU in ihrer Gesamtheit. Umso weniger die EU sicherheitspolitische Herausforderungen bewältigen kann, umso mehr ist Österreich zur eigenständigen Sicherheitsvorsorge verpflichtet.





General Mag. Othmar Commenda
 Chef des Generalstabes

Die Landesverteidigung als Kernaufgabe des Österreichischen Bundesheeres ist neu zu gestalten, wobei die Bewältigung hybrider Konflikte, der Schutz der Lebensgrundlagen Österreichs und der Funktionsfähigkeit des Staates im Vordergrund stehen.

FOKUS KOMMENTAR

ÖSTERREICH AUCH MORGEN SICHER MACHEN!

von General Mag. Othmar Commenda

Die aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen zeigen die großen Herausforderungen, vor denen die Republik Österreich und das Österreichische Bundesheer stehen.

Die in der Bundesverfassung vorgegebene militärische Landesverteidigung ist für das Bundesheer die Basis, von der aus alle Fähigkeiten der Streitkräfte aufwachsen. Unser Heer ist für die demokratische Gesellschaft jenes Rückgrat, das die zentralen Funktionen der Republik Österreich schützen soll, wenn andere Organisationen an ihre Grenzen kommen.

Das Bundesheer: zentrales Element zur Erhaltung der nationalen Sicherheit

Aufgrund der Migrationsströme und den Anforderungen des Innenministeriums zur Unterstützung und sicherheitspolizeilichen Assistenz unterstützt das Bundesheer die Erhaltung der nationalen Sicherheit. Medizinische Versorgung, Transport und Logistikaufgaben stehen dabei im Vordergrund.

Das Bundesheer muss in der Lage sein, zur Prävention und Abwehr terroristischer Bedrohungen wie jener in Paris substanzial beizutragen: dazu sind sehr gut ausgerüstete und ausgebildete einsatzbereite SoldatInnen sowie moderne Systeme zur Aufklärung, Kampfmittelabwehr, ABC-Abwehr und Logistik notwendig.

Zentrale Elemente der Sicherheit Österreichs und Europas sind Konfliktprävention und

Stabilisierung im Umfeld der Europäischen Union. Es ist essenziell, den Krisen dort zu begegnen, wo sie entstehen. Deshalb beteiligt sich das Österreichische Bundesheer weiterhin mit 1.100 SoldatInnen am Internationalen Krisenmanagement. Ab 2016 nimmt das Bundesheer an der EUNAVFOR MED Operation SOPHIA im Mittelmeer (Einsatz gegen organisierte Schlepperei) und an der UN-Operation MINUSMA in Mali (robuster Peacekeeping-Einsatz) teil.

Verantwortungsvolle Politik ist jetzt besonders gefordert

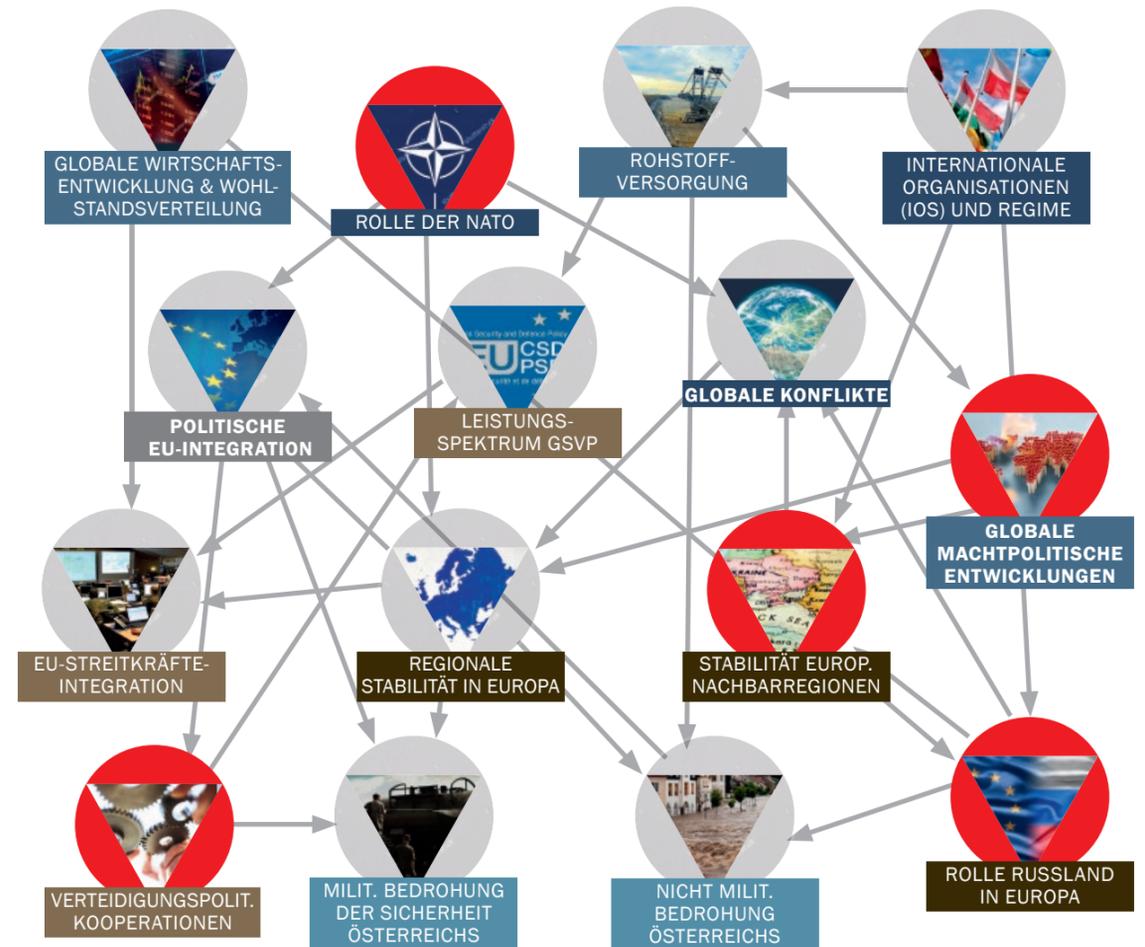
Für die hohen Anforderungen im In- und Ausland brauchen die Streitkräfte ausreichende Ressourcen. Derartige militärische Beiträge Österreichs sind nur mit spezialisierten, robusten und zusammenarbeitsfähigen Kräften mit zeitgemäßem Truppenschutz und modernen Einsatzmitteln möglich. Dazu benötigen wir eine verantwortungsvolle Politik, die das Bundesheer mit dem dringend notwendigen Budget, Personal und Gerät ausstattet.

Substanzielle Einsparungen beim Österreichischen Bundesheer als Rückgrat der umfassenden Sicherheitsvorsorge sind dann verhängnisvoll, wenn das Volk und die politische Führung nach Sicherheit verlangen, diese aber nicht in ausreichendem Maß bekommen.

FOKUS WISSEN

SICHERHEITSPOLITISCHES TRENDSENENARIO: DIE METHODE

15 FAKTOREN DES SICHERHEITSPOLITISCHEN UMFELDS



Insgesamt 15 Faktoren und ihre Wechselbeziehungen bestimmen das sicherheitspolitische Umfeld Österreichs. Sieben Faktoren wurden von den Experten für 2016 als Schlüsselfaktoren für unsere Sicherheit identifiziert.

Das Trendszenario 2016 basiert auf den umfassenden Vorarbeiten des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) zur Analyse möglicher künftiger sicherheitspolitischer Entwicklungen. Im Jahr 2012 wurden begleitend zu den Arbeiten an der Österreichischen Sicher-

heitsstrategie (ÖSS) und zur Neuplanung des Österreichischen Bundesheeres erstmalig „Sicherheitspolitische Umfeldszenarien 2025“ erstellt. Dabei wurden für die österreichische Sicherheitspolitik relevanten Schlüsselfaktoren im Rahmen einer Systemanalyse identifiziert und im Hinblick

auf künftige Entwicklungen analysiert. Aus mehr als hundert Einflussfaktoren wurden die 15 bedeutendsten Schlüsselfaktoren ausgewählt (siehe Grafik). Ihre Entwicklung und ihre Wechselbeziehungen werden laufend analysiert und im jährlichen Trendszenario verdichtet.

EUROPAS NACHBARREGIONEN: STABILITÄT AM PRÜFSTAND

Europas Sicherheit wird von unterschiedlichen politischen und militärischen Trends in seiner Nachbarschaft beeinflusst. Je weniger Einfluss die EU in diesen Nachbarregionen hat, desto kritischer ist dies auch für unsere Sicherheit.



Dr. Karin Fichtinger-Grohe
Referatsleiterin Sicherheitspolitik im Außenministerium, Wien

Die EU und Österreich müssen auf die Entwicklungen in ihrer Umgebung engagiert einwirken. Im Interesse der EU ist es, enge Beziehungen zu ihren Nachbarn zu pflegen, um gemeinsam an wichtigen Themen wie Energiesicherheit, Migration, Klimawandel, Terrorismus etc. zu arbeiten.

rische Bedrohung durch eine außereuropäische Gegenmacht ist auf Sicht nicht zu erwarten.

Risiken für die EU

Die unmittelbaren Folgen der Konflikte in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika scheinen derzeit noch beherrschbar zu sein. Das gilt auch für die Stagnation auf dem Westbalkan sowie für die problematische Entwicklung in der Türkei (siehe auch *Krisenregionen am Prüfstand*, ab Seite 9). Erhebliche Risiken für die EU würden durch ein Ausweichen des in Syrien und im Irak bekämpften islamistischen Terrorismus nach Nordafrika entstehen. Das sicherheitspolitische Trendszenario 2016 zeigt deutlich, dass instabile Staaten (Failed States) in Nordafrika das Terror- und Migrationsrisiko für die EU noch einmal erheblich steigern können.

ihrer Analyse ganz deutlich. Negativen Entwicklungen kann die EU dadurch weniger gegensteuern.

Keine umfassende Bedrohung durch Gegenmacht

Auf militärstrategischer Ebene bleiben die steigende Bedrohung durch *hybride Konflikte* (siehe *Glossar Seite 26*) und der zunehmende Bedarf an Stabilisierungskräften bzw. Interventionstruppen zur Bekämpfung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) auf der Tagesordnung. Die gute Nachricht: Eine umfassende, gegen Europa gerichtete militä-

Die Entwicklungen in der europäischen Nachbarschaft haben direkte Auswirkungen auf Europa und Österreich. Das Trendszenario 2016 zeigt: Auf absehbare Zeit besteht eine erhebliche Beeinträchtigung der Stabilität Europas. Das strategisch wichtige Umfeld der EU bleibt konfliktträchtig und instabil.

Eines der größten Risiken besteht darin, dass die EU in den Nachbarregionen dramatisch an Einfluss verliert und nicht über ausreichende Ressourcen verfügt, um die Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Davor warnen die Experten des Bundesheeres in

KRISENREGIONEN IM VERGLEICH

UKRAINE

Die innenpolitische Situation der Ukraine ist durch ein von Korruption geschwächtes und destabilisiertes Wirtschafts- und Finanzsystem geprägt. Umfragen deuten auf eine Legitimationskrise des politischen Systems hin. Die Fortsetzung des „Frozen Conflict“ (siehe *Glossar Seite 26*) im Südosten der Ukraine ist zwar wahrscheinlich, trotzdem kann eine neuerliche Eskalation der Gewalt 2016 nicht

gänzlich ausgeschlossen werden. Ein bestimmendes Thema ist und bleibt die Verringerung der in der ukrainischen Gesellschaft tief verwurzelten ideologischen Spannungen zwischen der Zentral- und Westukraine auf der einen Seite – also dem gegenüber NATO und EU offenen Ukraine-Teil – und der an Russland orientierten Süd- und Ostukraine.

WESTBALKAN

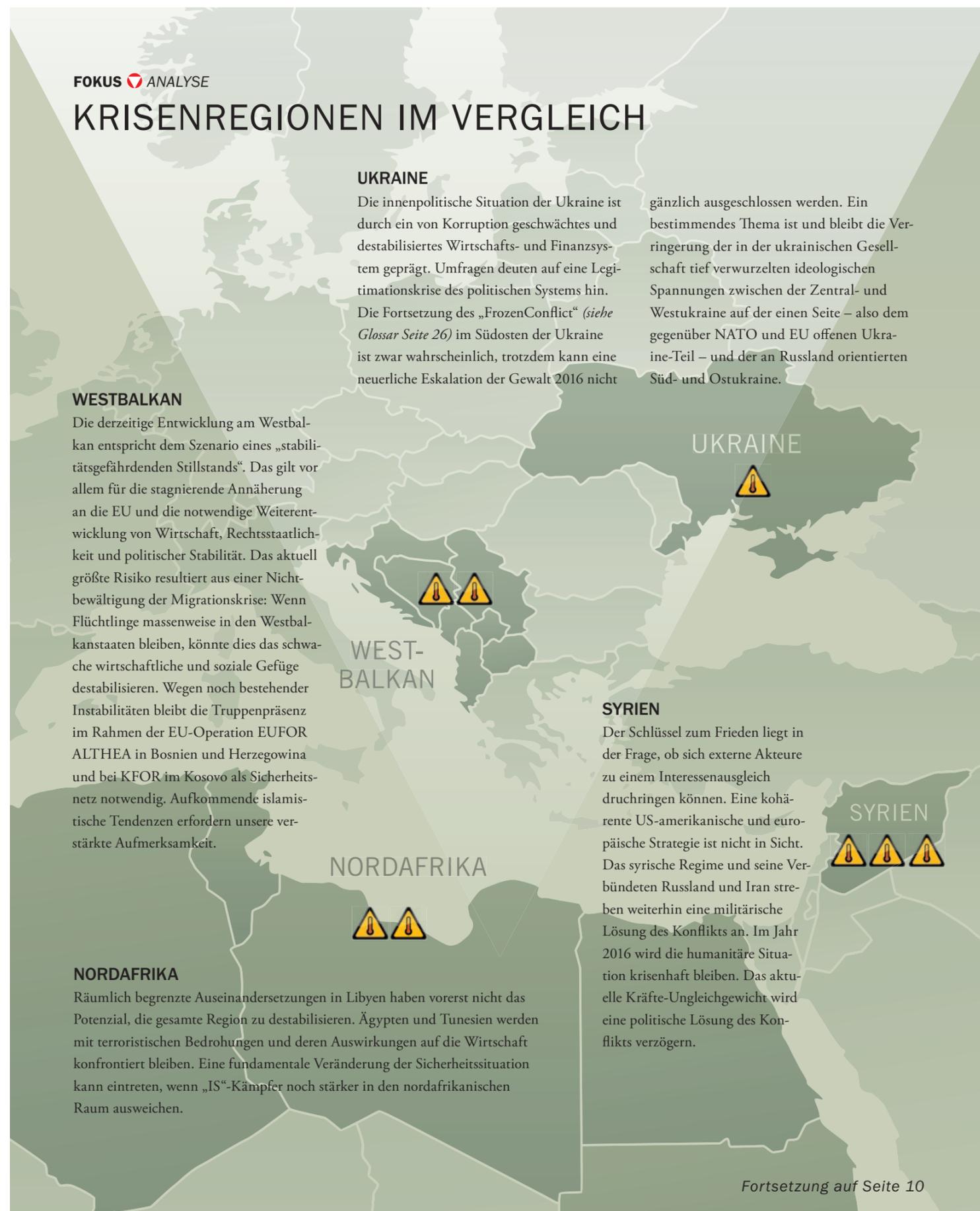
Die derzeitige Entwicklung am Westbalkan entspricht dem Szenario eines „stabilitätsgefährdenden Stillstands“. Das gilt vor allem für die stagnierende Annäherung an die EU und die notwendige Weiterentwicklung von Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und politischer Stabilität. Das aktuell größte Risiko resultiert aus einer Nichtbewältigung der Migrationskrise: Wenn Flüchtlinge massenweise in den Westbalkanstaaten bleiben, könnte dies das schwache wirtschaftliche und soziale Gefüge destabilisieren. Wegen noch bestehender Instabilitäten bleibt die Truppenpräsenz im Rahmen der EU-Operation EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina und bei KFOR im Kosovo als Sicherheitsnetz notwendig. Aufkommende islamistische Tendenzen erfordern unsere verstärkte Aufmerksamkeit.

SYRIEN

Der Schlüssel zum Frieden liegt in der Frage, ob sich externe Akteure zu einem Interessenausgleich durchringen können. Eine kohärente US-amerikanische und europäische Strategie ist nicht in Sicht. Das syrische Regime und seine Verbündeten Russland und Iran streben weiterhin eine militärische Lösung des Konflikts an. Im Jahr 2016 wird die humanitäre Situation krisenhaft bleiben. Das aktuelle Kräfte-Ungleichgewicht wird eine politische Lösung des Konflikts verzögern.

NORDAFRIKA

Räumlich begrenzte Auseinandersetzungen in Libyen haben vorerst nicht das Potenzial, die gesamte Region zu destabilisieren. Ägypten und Tunesien werden mit terroristischen Bedrohungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft konfrontiert bleiben. Eine fundamentale Veränderung der Sicherheitssituation kann eintreten, wenn „IS“-Kämpfer noch stärker in den nordafrikanischen Raum ausweichen.



Fortsetzung auf Seite 10

KRISENREGIONEN IM VERGLEICH

Fortsetzung von Seite 9



BEISPIEL: ISLAMISCHE REPUBLIK IRAN

Eine zentrale Frage lautet, ob Präsident Hassan Rohani Reformen gegen den Widerstand extremistischer Kreise durchsetzen kann. Außenpolitisch kann der Iran die Situation im Irak weitgehend unter Kontrolle halten, steckt jedoch gleichzeitig in Syrien fest. Das Eskalationspotenzial mit Saudi-Arabien bleibt hoch. Eine direkte saudisch-iranische Konfrontation kann als Worst Case nicht ausgeschlossen werden.

TÜRKEI

BEISPIEL: TÜRKEI

Die Türkei entwickelt sich zu einem Schlüsselstaat für die europäische Sicherheit. Ihre Ausrichtung ist tendenziell problematisch und mit der EU zunehmend unvereinbar. Die Polarisierungspolitik des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğans wird zu einer ersten Gefährdung für die Stabilität des Landes. Instabilität in der Türkei würde die Sicherheit in Südosteuropa und in der Schwarzmeerregion dramatisch schwächen. Türkisch-kurdische Konflikte könnten sich in der Diaspora in Europa fortsetzen und neue Flüchtlingsbewegungen auslösen. Europa muss mit Blick auf die Türkei eine Balance zwischen Kooperation und Abhängigkeit von ihr (z. B. bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise) finden.

NAHER UND MITTLERER OSTEN

NAHER UND MITTLERER OSTEN

Die gesamte Region des Mittleren Ostens weist eine höchst instabile sicherheitspolitische und wirtschaftliche Situation auf. Konflikte sind von einer undurchschaubaren Vermischung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure geprägt. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der USA, Russlands, Saudi-Arabiens, des Iran, der Vereinigten Arabischen Emirate, Katars, der Türkei und Ägyptens sowie den mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der UNO ist kurz- und

mittelfristig keine Stabilisierung der Region absehbar. Die wirtschaftliche Not führt vor allem bei der jungen Bevölkerung zu verstärkter Perspektivenlosigkeit. Dies bietet dschihadistischen Gruppierungen weiterhin einen guten Nährboden zur Rekrutierung. Zu den Bedrohungen für Europa zählen Terrorattentate, die von Einzeltätern durchgeführt und von Terrorgruppen zumindest ideologisch unterstützt werden, sowie verstärkte Flüchtlingsströme aus Syrien, dem Irak, Palästina und Ägypten.

RUSSLAND: NEUES MODELL GEFRAGT

In der Beziehung Europas zu Russland braucht es ein neues Modell. Antwort darauf dürfte es 2016 allerdings keine geben: Auch künftig werden inner-europäische Widersprüche die Russlandpolitik der EU prägen.

Das Trendszenario 2016 zeigt: Der bereits seit Jahren anhaltende Trend eines zunehmend konflikthaften Verhältnisses zwischen der EU und Russland setzt sich weiter fort. Die Entfremdung der letzten Jahre hat mit der Ukrainekrise einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Klares Ziel Russlands ist die Absicherung der postsowjetischen Einflusszone. Die weitere Ausbreitung von EU und NATO soll verhindert werden.

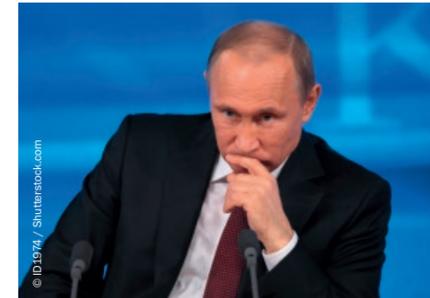
Russland will gleichzeitig eine stärkere Rolle in den internationalen Organisationen und in globalen Ordnungsfragen spielen. Das Land sieht sich als gleichberechtigter Partner der USA, der EU und Chinas im internationalen „Konzert der Großmächte“ und handelt auch so.

Mehr Widersprüche zu Europa

Vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Westen wird das innenpolitische Klima Russlands zunehmend autoritärer. Dies wird die Gegensätze zu Europa verstärken. Die Sanktionen stellen selbst im Falle der Aufhebung bzw. erheblichen Lockerung eine tiefe Zäsur in den Beziehungen zwischen Russland und Europa dar. Aus Sicht der Experten ist die Fortführung der „strategischen Partnerschaft“ der vergangenen zwei Jahrzehnte schwer vorstellbar. Ein neues Beziehungsmodell zu Russland ist notwendig. Offen ist, ob es Europa gelingt, sich von US-amerikanischen geoökonomischen und strategischen Interessen zu emanzipieren. Ist dies nicht möglich, werden weiterhin innereuropäische Widersprüche den Umgang mit Russland prägen. Trotzdem ist eine pragmatisch beschränkte Partnerschaft mit dem Westen u. a. zum Zwecke der Modernisierung der Wirtschaft durch Technologieimport nach



Einfluss. Klares Ziel Russlands ist die Absicherung der postsowjetischen Einflusszone. Die weitere Ausbreitung von EU und NATO soll verhindert werden, man will gleichzeitig eine stärkere Rolle in den internationalen Organisationen und in globalen Ordnungsfragen spielen.



Fortsetzung. Der bereits seit Jahren anhaltende Trend eines zunehmend konflikthaften Verhältnisses zwischen der EU und Russland setzt sich weiter fort. Die Entfremdung der letzten Jahre hat mit der Ukrainekrise einen vorläufigen Höhepunkt gefunden.



Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen wahrscheinlich.

Große Terrorgefahr

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Russlands entspricht seinen generellen politischen Ambitionen. Die russischen Streitkräfte werden im Zuge der jüngsten Reformen in Richtung kleinerer, im Rahmen von Spezialoperationen flexibel einsetzbarer Einheiten umstrukturiert. Laut der russischen

„Sicherheitsstrategie 2020“ steht die Welt vor einer neuen Ära des internationalen Ringens um Rohstoffe. Die russische Führung erwartet Konflikte bzw. Spannungen in der russischen Nachbarschaft, vor allem im Nahen Osten, in der Arktis, in der Barentssee, im kaspischen Raum und in Zentralasien. Die Gefahr von Terroranschlägen in Russland ist angesichts des russischen Syrieneinsatzes, des Vorgehens gegen den sogenannten „IS“ und der terroristischen Bedrohung Europas außerordentlich hoch.

FOKUS  ANALYSE

REGIONAL GEGEN GLOBAL

Auf globaler Ebene prägen regionale Machtansprüche und Konflikte das sicherheitspolitische Lagebild. Diese werden intensiver als bisher ausgetragen. Auch nichtstaatliche Akteure werden zur Gefahr.



Intensiver. Die regionale Konfliktintensität wird sich im Jahr 2016 erhöhen. Das machen gegensätzliche machtpolitische Ambitionen der Großmächte deutlich.



Gefährlich. In regionalen Konflikten sind zunehmend nichtstaatliche Akteure beteiligt. Durch deren nicht vorhersehbares Verhalten können diese Kräfte strategische Schockereignisse auslösen.



Eingeschränkt. Die sicherheitspolitische Trendanalyse zeigt klar, dass die Effektivität internationaler Organisationen und Regelwerke aufgrund der unterschiedlichen Weltordnungsvorstellungen der Großmächte eingeschränkt ist.



Prof. a. D. Dr. Ulrich Menzel
bis Sept. 2015
Lehrstuhl für
Internationale
Beziehungen und
Vergleichende
Regierungslehre,
TU Braunschweig

*Eine Befriedung
des Krisen-
gürtels an der
europäischen
Peripherie ist
für 2016 nicht
zu erwarten.
Eher werden
die bislang noch
stabilen Inseln
innerhalb des
Krisengürtels
noch destabilisiert
und sich die
Krisenregion
ausweiten.*



Als „Konfrontative Multipolarität“ (siehe Glossar Seite 26) bezeichnen Experten die sicherheitspolitische Entwicklung auf globaler Ebene. Es gibt ihrem Befund nach wenige Anzeichen, dass es 2016 auf globaler Ebene zu einer Trendumkehr zurück zu mehr Kooperation, Multilateralismus und Globalisierung kommen könnte. Selbst positive Entwicklungen im Syrienkonflikt würden den Trend zu weiterer globaler Fragmentierung und zur Auflösung gemeinsamer globaler Ordnungsvorstellungen nicht aufhalten.

Weniger US-Bereitschaft zu sicherheitspolitischer Verantwortung

Die regionale Konfliktintensität wird sich im Gegenzug erhöhen. Das machen nicht nur die machtpolitischen Ambitionen Russlands deutlich. So sind die USA auf den pazifischen Raum fokussiert, um dort die chinesischen Machtansprüche in Grenzen zu halten. Die westliche sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit wird vor allem vom schwächer gewordenen Willen der US-amerikanischen Bevölkerung zu weltweiter sicherheitspolitischer Verantwortungsübernahme bestimmt

sein. Der Wahlkampf um das amerikanische Präsidentenamt fördert diese Entwicklung.

Intensivere Kontakte

Zusätzlich zu globalen machtpolitischen Entwicklungen spielen auch globale Konflikte eine Rolle für unsere Sicherheit in Europa und Österreich. Das Trendszenario 2016 zeichnet ein kritisches Bild: Aufgrund der mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der internationalen Organisationen wie auch der unterschiedlichen Interessen der großen Mächte USA, Russland, China und EU ist mit intensiveren globalen Krisen zu rechnen. Regionale Konfliktlagen etwa in Osteuropa, Ostasien oder im Nahen Osten können zu weiteren massiven Verwerfungen führen. Die EU würde diesen Konflikten mangels verfügbarer kollektiver sicherheitspolitischer und militärischer Handlungsfähigkeit weitgehend passiv gegenüberstehen.

„Schocks“ durch nichtstaatliche Akteure und Einzelpersonen

Bei derartigen Konflikten werden nicht nur staatliche, sondern zunehmend nichtstaat-

liche Akteure beteiligt sein. Das entspricht einer generellen Entwicklung: Macht verlagert sich von Staaten zu nichtstaatlichen Akteuren oder sogar zu einflussreichen oder mächtigen Einzelpersonen („Superempowered Individuals“). Weil deren Verhalten kaum vorhersehbar ist, können diese Kräfte jederzeit „strategische Schockereignisse“ auslösen.

Anspruchsvollere Friedenseinsätze

Die sicherheitspolitische Trendanalyse zeigt klar, dass die Effektivität internationaler Organisationen und Regelwerke aufgrund der unterschiedlichen Weltordnungsvorstellungen der Großmächte eingeschränkt ist.

Dort, wo die Vereinten Nationen jedoch handlungsfähig sind und operativ tätig werden, setzt sich der Trend zu anspruchsvolleren, risikoreicheren Friedenseinsätzen fort. Truppenstellende Nationen sind zunehmend gefordert, den Vereinten Nationen militärische Einheiten mit verbessertem Schutz, höherer Mobilität und moderner technologischer Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.



FOKUS ANALYSE

DIE NEUE ALTE ROLLE DER NATO

Bei der NATO steht die Bündnisverteidigung wieder im Vordergrund. Innerhalb der Allianz gibt es Bemühungen, Einfluss auf die EU-Sicherheitspolitik zu nehmen. Wie sich die NATO konkret entwickelt, ist unklar.

Die strategische Rolle der NATO verändert sich: Lag in den letzten zwei Jahrzehnten der Fokus auf Krisenmanagementeinsätzen außerhalb der NATO-Staaten, steht nun die Bündnisverteidigung („Artikel-5-Aufgaben“) als Ergebnis der Ukraine Krise wieder prominenter auf der NATO-Agenda. Nach Auffassung der Experten der Sicherheitsvorschau 2016 ist unklar, ob die NATO die militärische Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft tatsächlich garantiert. Ein signifikant erhöhtes Engagement in den Bereichen Streitkräfteentwicklung, Dislokation und Übungen ist vorerst jedenfalls nicht zu beobachten.

Unterstützung beim Kampf gegen den „IS“

Bisher war die NATO in südlichen Krisenregionen nicht präsent. Dies könnte sich 2016 durch die Übernahme einer Unterstützungsmission für die irakische Regierung im Kampf gegen die terroristische Organisation



Kernpunkte. Neben dem Anliegen, nationale Verteidigungsbudgets nicht zu kürzen, sucht die NATO nach einer neuen Strategie für den Umgang mit „hybriden Bedrohungen“.

„IS“ ändern. Laut Trendszenario wird die NATO 2016 zwischen einer Reduktion auf eine flexible „Toolbox“ für Krisenmanagementeinsätze und der Rückwendung zur Territorialverteidigung schwanken.

Verteidigungsbudgets nicht kürzen

Ein wichtiges Anliegen der NATO ist es, dem Trend zur weiteren Reduzierung der

Generalmajor Dipl.-Päd. Josef D. Blotz
 Director Operations and Planning im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers, Brüssel (Bundeswehr)

Kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit bleiben die Kernaufgaben der NATO. Auch das war eines der wesentlichen Ergebnisse von Wales. Die 28 Staats- und Regierungschefs haben den Anspruch unterstrichen, zu jedem Zeitpunkt jedweder Bedrohung der Sicherheit des nordatlantischen Bündnisses begegnen zu können.



Verändert. Lag in den letzten zwei Jahrzehnten der Fokus der NATO auf Krisenmanagementeinsätzen außerhalb der NATO-Staaten, steht nun die Bündnisverteidigung im Vordergrund.

nationalen Verteidigungsbudgets entgegenzusteuern. Zudem gibt es Bemühungen innerhalb der Allianz, mit Blick auf „hybride Bedrohungen“ (siehe Glossar Seite 26), verstärkten Einfluss auf die Sicherheitspolitik der EU zu nehmen.

FOKUS ANALYSE

TERROR MIT STRATEGIE BEKÄMPFEN

Für 2016 ist in Europa eine größere Zahl terroristischer Anschläge zu erwarten. Die Bekämpfung des Terrors braucht Strategie – und die Kooperation von Regierungen, internationalen Organisationen, Finanzwelt und Bürgern.

Nach den Expertenbefunden der sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2016 wird es in Europa weiterhin terroristische Anschläge geben. Diese werden vermutlich eine begrenzte Anzahl von Opfern fordern. Sie werden vor allem an öffentlichen Plätzen sowie mit Waffen und Sprengstoff ausgeführt werden.

Der Kampf gegen terroristische Netzwerke wird jedoch durch ein starres System der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung auf nationaler und auf EU-Ebene ohne effektive Strategie erschwert. Durch die Rückkehr von Kämpfern nach Europa wird das Problem weiter verschärft.

Kriminelle Geldströme und Dark Web

Nach Einschätzung der Experten werden die Terroristen in Europa einzeln oder in kleinen Netzwerken operieren und eine kleinkriminelle Vorgeschichte aufweisen. Sie werden vom Sicherheitsapparat kaum erfasst werden können: Die EU unternimmt noch immer



Kooperation. Bei der Bekämpfung des Terrorismus bedarf es der richtigen Strategie sowie umfangreicher Kooperationen.

zu wenig, um Geldströme oder kriminellen Netzwerken wie dem Dark Web nachzuspüren. Das Dark Web wird immer mehr zum Ort von Kriminalität. Europa muss deshalb umdenken und die strategisch fundierte Bekämpfung des Terrorismus auf diese Herausforderungen abstellen, fordern die Fachleute. Bei der Terrorismusbekämpfung sind nicht nur Regierungen und internationale Organisationen, sondern auch Firmen und Bürger gefragt.

Die Zukunft des „IS“

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) wird nach den Erkenntnissen der Sicherheitsexperten im Irak und in Syrien 2016 nicht vollständig besiegt werden. Anschläge der IS-„Ableger“ in Ägypten, Libyen, Saudi-Arabien, Jemen und in der Türkei werden fort-dauern. Auch große Anschläge in Europa sind nicht auszuschließen.

Gefahr für die innere Sicherheit

Die rund 250 Kämpfer, die seit 2012 aus Österreich nach Syrien gezogen sind und sich dem IS und jihadistischen Gruppen angeschlossen haben, sind eine wachsende Gefahr für die innere Sicherheit Österreichs. Im Bereich des islamistischen Extremismus wird es weiter zu Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten kommen. Auch Frauen in Jihad-Gruppen stellen eine Gefahr dar. Es ist wahrscheinlich, dass IS-Frauen künftig aktivere Aufgaben übernehmen, so die Experten. Mit Blick auf weitere terroristische Bedrohungen lautet der Befund der Fachleute, dass sowohl der Rechtsextremismus als auch der Linksextremismus in Österreich keine ernsthafte Gefahr für die Funktions- und Handlungsfähigkeit des Staates darstellen. Aufgrund der Fluchtmigration können jedoch Fremden- und Asylfeindlichkeit zunehmen.

FOKUS WISSEN

ZAHLEN ZUM INTERNATIONALEN TERRORISMUS

- Die **Anzahl terroristischer Anschläge** stieg 2014 global auf 13.370 (+17 Prozent gegenüber 2013). Staatsnähe. Bei derartigen Angriffen starben 2014 rund 15.380 Personen (+172 Prozent im Vergleich zu 2013).
- Die **Zahl der Todesfälle durch Terrorismus** stieg 2014 weltweit um 80 Prozent auf 32.658 Menschen.
- Die **wirtschaftlichen Kosten des globalen Terrorismus** (z. B. erhöhte Todesraten, Zerstörung von Eigentum und staatlichen Einrichtungen, Lösegeldzahlungen) betragen 2014 bereits 53 Mrd. Dollar – das ist zehnmal so hoch als noch 2000.
- Das **häufigste Ziel terroristischer Angriffe** ist die Zivilgesellschaft – und damit Bürger ohne direkte



FOKUS  ANALYSE

DIE ZUKUNFT DER EU UND IHRER SICHERHEITSPOLITIK

Umso weniger die EU sicherheitspolitische Herausforderungen bewältigen kann, umso mehr ist Österreich zu einer eigenständigen umfassenden Sicherheitsvorsorge verpflichtet. Mehr Europa steht nicht auf dem Programm.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Europäischen Union zeichnet das Trendszenario 2016 ein klares Bild: Die EU wird keine weiteren substanziellen Integrationschritte setzen. Anliegen ist es vielmehr, den aktuellen Integrationsbestand zu erhalten.

EU verliert weltweit an Bedeutung

Nach den Befunden der Experten verliert die EU auf internationaler Ebene an Bedeutung. Konsequenz: Die Union ist immer weniger dazu in der Lage, ihr sicherheitspolitisch relevantes Umfeld zu gestalten. Innerhalb der EU ist jedoch weiter eine Grundstabilität gegeben – trotz Problemen mit Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, politischem Extremismus, Rechtsstaatlichkeit, Umgang mit Flüchtlingen, Migration und Integration sowie sozialer Stabilität.

Schlüsselfaktor Deutschland

Ein Schlüsselfaktor für die weitere Entwicklung der EU ist Deutschland mit seiner bislang dominierenden Rolle als politische und wirt-

schaftliche Macht. Seine Leistungsfähigkeit wird mit Blick auf die Flüchtlingskrise und die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Euro-Raum zunehmend auf den Prüfstand gestellt. Laut Trendszenario könnte es zu einer Schwächung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems Deutschlands kommen.

Darin besteht das wohl größte Risiko für Europa – und damit auch für Österreich. Eine derartige Entwicklung würde die Führungskrise der EU dramatisch verschärfen. Sie hätte erhebliche Konsequenzen für den Umgang mit externen Herausforderungen. Denkbar ist laut Experten allerdings, dass sich ein derzeit noch schwacher Trend hin zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten mit ähnlicher Interessen- und Wirtschaftslage verstärken könnte. Offen ist allerdings, ob sich daraus eine Vertiefung bei der Verteidigung ergibt.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Potenziale und Ansätze

Das Trendszenario zeigt mit Blick auf das Leistungsspektrum und die Ausrichtung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – GSVP

(siehe Glossar Seite 26) sowie auf EU-Streitkräfteintegration und Kooperationen, dass die EU ihr sicherheits- und verteidigungspolitisches Potenzial weiterhin nicht voll realisieren kann. Das Schwergewicht der GSVP wird daher 2016 im unteren bis mittleren Krisenmanagement liegen, so die Analyse. Das Militär spielt im Rahmen des breit angelegten Krisenmanagementansatzes der EU ohnehin eine eingeschränkte Rolle.

Dr. Ronja Kempin
Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Angesichts der dramatischen Zunahme von Krisen und Konflikten im Nachbarschaftsraum der EU herrscht Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der Union gestärkt werden muss. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird nur in geringem Maße von diesen Reformforderungen profitieren.



- Grenzschutz.** Eine EU-Grenztruppe soll verstärkt für die Sicherung der EU-Außengrenzen eingesetzt werden.
- Kooperation.** Der Trend zur Etablierung vielfältiger Kooperationsprojekte wird sich aufgrund national begrenzter Ressourcen fortsetzen.
- Verteidigung.** Moderate Ansätze für autonome militärische Verteidigungsfähigkeiten der EU sind erkennbar.
- Verlust.** Nach den Befunden der Experten verliert die EU auf internationaler Ebene 2016 weiter an Bedeutung.



Ansätze für autonome militärische Fähigkeiten

Zwar steht eine autonome Verteidigung der EU weiterhin nicht auf dem Programm, es sind allerdings einzelne Verbesserungen bei den strategischen Fähigkeiten, bei Hauptquartieren und in der gemeinsamen Rüstungspolitik erkennbar.

Bei Krisenmanagementeinsätzen im Rahmen der GSVP geht der Trend zu kleineren bis mittleren zivil-militärischen Operationen. Zunehmende Bedeutung haben Unterstützungsmissionen für die Bereiche Wiederaufbau und lokale Kapazitätenentwicklung. Geografisch bleiben Europa und Afrika die zentralen Einsatzräume der GSVP.

Verteidigung ist wieder Thema

Nach fünf Jahren der Stagnation in der GSVP-Entwicklung rückt das Thema „Verteidigung“ jedenfalls wieder stärker in den Fokus europäischer Politik. Ob aus der erst-

maligen Aktivierung der „Beistandsklausel“ am 17. November 2015 durch Frankreich eine Trendwende hin zu einer eigenständigen Verteidigung Europas abgeleitet werden kann, ist offen.

Keine Europa-Armee

Der Trend zur Etablierung vielfältiger Kooperationsprojekte wird sich aufgrund national begrenzter Ressourcen fortsetzen. Die Kooperationsbereitschaft zwischen Streitkräften verschiedener Länder ist weiterhin eng an die Erhaltung einer möglichst umfassenden, nationalen Handlungsfähigkeit gebunden. Sie findet vor allem zwischen gleichgesinnten Staaten und weniger auf Ebene der EU-28 statt. Statt einer Europa-Armee werden regionale (z.B. die Nordische Kooperation oder die Vise-grad-Gruppe – beides siehe Glossar Seite 26) und funktionale (z. B. Lufttransport oder Cyber-)Netzwerke für Zusam-



menarbeit gebildet. EU-Einsätze finden weiterhin durch Zusammenwirken nationaler Streitkräfte statt. Auch der Einsatz von EU-Battlegroups (siehe Glossar Seite 26) zeichnet sich nicht ab. Die eingeschränkte eigenständige militärische Handlungsfähigkeit der EU verlängert die Abhängigkeit von den USA.

EU-Grenztruppe

Geht es nach dem Willen der Europäischen Kommission, so soll ein gemeinsamer europäischer Grenzschutz zur Überwachung der Landes- und Seegrenzen der Union aufgebaut werden. Die neue Einheit wird mit größeren Befugnissen ausgestattet und soll über eigene Überwachungssysteme verfügen. Etwa 1.000 kurzfristig einsetzbare Personen sind dafür vorgesehen; das Budget der neuen Einheit soll etwa 320 Millionen Euro umfassen.

Sollte dieser Ansatz nicht funktionieren, wird sich die Frage nach einem verstärkten Einsatz der militärischen GSVP zum Schutz der EU-Außengrenzen stellen.





FOKUS ANALYSE

DIE FLÜCHTLINGSKRISE BRAUCHT EINE GLOBALE LÖSUNG

Die Flüchtlingskrise ist eine der größten Herausforderungen für die Europäische Union überhaupt. Sie könnte die Grundpfeiler der EU ins Wanken bringen. Das Potenzial für gesellschaftliche Spannungen in Österreich wächst.

Die aktuelle Flüchtlingskrise ist beispiellos, ihre menschlichen Kosten sind verheerend und inakzeptabel, heißt es in der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2016. Die Flüchtlingskrise wird als eine der größten Herausforderungen für die EU seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 bezeichnet. Die Krise hat das Potenzial, die Grundpfeiler der EU ins Wanken zu bringen.

Koordinierte Strategie notwendig

Kein europäisches Land kann die humanitäre Krise alleine bewältigen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen sich schnell auf eine koordinierte und konsequente Strategie einigen. Klar ist aber auch: Selbst Europa kann nicht alleine handeln. Eine globale Lösung ist nötig. Nur mit internationaler Zusammenarbeit kann die unregulierte Wanderung eingedämmt werden. Dies ist auch deshalb zukunftsentscheidend, weil die Konflikte in Syrien und im Irak keine Einzelfälle sind. Es gibt weltweit zahlreiche Krisenherde, die weiter Migrationsbewegungen auslösen werden.

Erfolgreiche Integration unverzichtbar

Für Österreich gilt: Das Potenzial für gesellschaftliche Spannungen wächst. Ob sich Situationen ergeben, in denen es zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit kommt, können die Experten jedoch nicht vorhersagen. Entscheidend ist der Erfolg von Integrationsmaßnahmen.

Die wichtigsten Handlungsfelder auf einen Blick:

Wohnraum: Anerkannte Flüchtlinge werden in den kommenden Jahren auf den privaten Wohnungsmarkt drängen. Angesichts der geringen Verfügbarkeit von leistbarem Wohnraum in städtischen Ballungszentren und der langen Vorlaufzeiten im Wohnbau wird die Wohn-

suche für anerkannte Flüchtlinge zur großen Herausforderung. Schließlich ist Wohnraum in der Größenordnung einer mittelgroßen österreichischen Stadt zu schaffen.

Der Wettbewerb um günstigen Wohnraum wird zunehmen.

Arbeitsmarkt: Das geringe Wirtschaftswachstum, die angespannte Lage am Arbeitsmarkt und die steigende Zahl an Asylberechtigten sind äußerst ungünstige Rahmenbedingungen für Integration am Arbeitsmarkt. Die starke Reglementierung des heimischen Arbeitsmarkts erschwert zudem die Integration. Niedrigqualifizierte Personen werden von einem Verdrängungswettbewerb betroffen sein. Bei entsprechender Qualifizierung könnte der Fachkräftemangel in Österreich durch Zugewanderte entschärft werden.

Kosten: Mit Blick auf Grundversorgung, bedarfsorientierte Mindestsicherung, Integration, Bildung und Gesundheit ist mit steigenden Kosten zu rechnen. Die Finanzplanung des Bundes und der Länder für die kommenden Jahre ist neu zu kalkulieren. Eine genaue Abschätzung, wie viel der Zuzug von Flüchtlingen dem Staat kurzfristig kosten wird und was er langfristig

bringen könnte, ist jedoch schwierig, so die Experten.

Öffentliche Sicherheit: Soziale Spannungen, Unruhen, Kriminalität und Terrorismus sind entscheidende Faktoren für die Sicherheit in Österreich. Ein Terroranschlag oder andere Sicherheitsvorfälle im Land würde die Akzeptanz von Integrationsbemühungen in weiten Teilen der Bevölkerung schlagartig weit zurückwerfen. Daher muss Integration mit einer Erhöhung der öffentlichen Sicherheit einhergehen, dies verursacht zusätzliche Kosten. Der Integrationsprozess ist aus sicherheitspolitischer Sicht angesichts des großen Anteils männlicher Jugendlicher ein heikles Thema: Scheitert Integration, besteht ein erhöhtes Potenzial an Jugend- und Gewaltkriminalität.

Insgesamt halten die Experten fest, dass die gegenwärtigen Herausforderungen nicht systemgefährdend sind. Sie erfordern aber einen erhöhten Einsatz aller staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte, damit Integration gelingt und problematische Entwicklungen unterbunden werden können.

José Ángel Gurriá Treviño
Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Nur mithilfe internationaler Zusammenarbeit kann die unregulierte Wanderung eingedämmt werden. Wir müssen Informationen austauschen, unseren Kampf gegen Schleusernetzwerke koordinieren, Rückführungen organisieren und Informationskampagnen entwickeln. Darüber hinaus müssen wir an legalen Einwanderungsmöglichkeiten arbeiten.

FOKUS WISSEN

ZAHLEN ZUR FLUCHTMIGRATION

- Das ÖBH ist auch in der Flüchtlingskrise zur Stelle: Zur **humanitären Unterstützung** wurden 2015 mehr als **498.000 Verpflegspartionen** zubereitet und in **6 Kasernen über 838 Asylwerber** beherbergt. Im Rahmen des sicherheitspolizeilichen Assistenzesatzes zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der **Grenzüberwachung** wurden **1.305 Soldaten** eingesetzt.
- Das **Gesamtflüchtlingspotenzial** in der Sahelzone, in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten liegt derzeit bei 12,3 Millionen Menschen.
- Laut UNHCR sind **gegenwärtig 4,4 Millionen** syrische Flüchtlinge registriert (Türkei: 2,3 Mio., Libanon: 1,1 Mio., Jordanien: 700.000, Irak: 300.000).
- Die EU-Kommission rechnet **bis Mitte 2017** mit **bis zu 2 Mio.** Asylsuchenden in der EU.
- In **Afghanistan** gelten **16 Mio. Menschen** als fluchtwillig, 800.000 werden sich die Flucht 2016 teilweise über den Drogenhandel finanzieren.
- In **Afrika** sind **gegenwärtig rund 2 Mio. Menschen** auf dem Weg nach Nordafrika. Im Warteraum Libyen, Algerien, Marokko und Ägypten befinden sich bereits 1 Mio Flüchtlinge, davon 700.000 in Libyen.



- Gefahr.** Die Flüchtlingskrise hat das Potenzial, die Grundpfeiler der EU innen- und außenpolitisch ins Wanken zu bringen.
- Kritisch.** Das Potenzial für gesellschaftliche Spannungen wächst. Ob es zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit kommt, können die Experten jedoch nicht vorhersagen.
- Wichtig.** Integration muss gelingen, um problematische Entwicklungen zu unterbinden.



SICHERHEIT IST UNTEILBAR

Generalmajor Dr. Johann Frank, Direktor für Sicherheitspolitik im Gespräch mit FOKUS über die Trendszenarios 2016 und die Perspektiven für das Österreichische Bundesheer.

FOKUS: Das Trendszenario 2016 der sicherheitspolitischen Jahresvorschau zeigt: Die Welt wird unsicherer. Was heißt das für Österreich?

Frank: An den europäischen Grenzen herrschen Kriege, Konflikte und Instabilität. In der Europäischen Union zeigen sich bis heute die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Moment befinden wir uns als neutrales EU-Mitgliedsland im Herzen Europas in einer vergleichsweise vorteilhaften Situation, jedoch hat die zunehmende Instabilität an den Grenzen Europas Auswirkungen auch auf Österreich.

Mehr denn je ist die Sicherheit Österreichs und der EU auf das Engste miteinander verbunden. Sicherheit ist aber nicht delegierbar sondern eine staatspolitische Grundaufgabe, die primär von nationalen Sicherheitsorganen in bestmöglicher europäischer Zusammenarbeit erfüllt werden muss.

FOKUS: Was muss Österreich konkret für mehr Sicherheit tun?

Frank: Erstens ist die Kernkompetenz zur militärischen Landesverteidigung im Sinne von Souveränitäts- und Grenzschutz mit besonderem Augenmerk auf die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft bei asymmetrischen Bedrohungen wie z. B. durch den internationalen Terrorismus zu stärken.

Zweitens müssen wir mit EU-Staaten mit gleichen sicherheitspolitischen Interessen, vor allem mit den Nachbarstaaten, insbesondere

Deutschland, Italien und der Schweiz, kooperieren. Und drittens müssen wir unser militärisches Engagement in Krisenmanagement-Einsätzen auf hohem Niveau fortführen.

FOKUS: Welche Folgen haben Terrorismus und Migration für die österreichische Sicherheitspolitik?

Frank: Die aktuellen Entwicklungen sind in den wehrpolitischen Grundlagendokumenten klar angesprochen. „Neu“ ist, dass sich diese Risiken nunmehr auch in der Praxis manifestieren. Auswirkungen sehe ich insbesondere bei den Einsatzaufgaben im Inland, die an Bedeutung gewonnen haben. Daher brauchen wir ein ressortübergreifendes Konzept zur

Generalmajor Dr. Johann Frank
Direktor für Sicherheitspolitik

Die Kernkompetenz zur militärischen Landesverteidigung im Sinne von Souveränitäts- und Grenzschutz ist zu stärken. Kooperationen wären zu vertiefen und das internationale Engagement auf hohem Niveau fortzusetzen.



Perspektiven. Mehr denn je ist die Sicherheit Österreichs und der EU auf das Engste miteinander verbunden. Einsätze im Inland werden immer wichtiger. Gleichzeitig werden internationale Einsätze immer anspruchsvoller.

Steigerung der gesamtstaatlichen Resilienz, unter Einbeziehung der Wirtschaft. Klar ist, dass ohne Bundesheer als strategische Handlungsreserve der Republik der Schutz Österreichs, seiner Grenzen und seiner Lebensgrundlagen nicht gewährleistet werden kann. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die konkreten Bedrohungslagen auch in den nächsten Jahren rasch verändern. Konfliktbilder sind wie ein Chamäleon.

Klar ist, dass es keine strategische Vorwarnzeit mehr gibt. Daher wäre auch anzudenken, die Koordinationsstrukturen auf gesamtstaatlicher Ebene neu zu organisieren. Die Schaffung einer „Stabsstelle für die USV“ und die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Lagezentrums sollten ernsthaft erwogen werden.



FOKUS: Die Umfeldstabilisierung wird laut Trendszenario 2016 immer wichtiger, aber auch anspruchsvoller – wo soll Österreich Schwerpunkte setzen?

Frank: Damit Krisen sich nicht ausbreiten, müssen wir dort tätig werden, wo sie in unserer Nachbarschaft entstehen. Daher beteiligten sich im Jahr 2015 im Jahresschnitt 944 Soldatinnen und Soldaten an den bis zu 16 Auslandsmissionen des Bundesheeres.

Schwerpunkt des Auslandsengagements ist weiterhin der Westbalkan. Weitere Regionen, die für uns von gesteigertem Interesse sind, sind die Schwarzmeerregion, der Nahe und Mittlere Osten sowie Sahel-Afrika. Die Leistungen, die unsere Soldatinnen und Soldaten dabei im Ausland erbringen, sind eine Visitenkarte Österreichs, auf die wir mit Recht stolz sein können. Internationale Einsätze werden aber zunehmend anspruchsvoller und auch robuster.

FOKUS: Wie ist es um die strategischen Grundlagen der österreichischen Sicherheitspolitik bestellt? Wo müssen sie weiterentwickelt werden?

Frank: Mit der Österreichischen Sicherheitsstrategie und der Teilstrategie Verteidigungspolitik wurden auf Basis breiter politischer Mehrheiten in Parlament und Regierung die konzeptionellen Grundlagen für eine zeitgemäße Neuausrichtung des Bundesheers geschaffen. Jetzt braucht es eine verantwortungsvolle Politik, die auch die notwendigen Mittel zu Umsetzung der Konzepte bereitstellt. Sicherheit ist unteilbar. Ohne äußere Sicherheit gibt es keine innere Sicherheit und letztlich damit auch keine soziale Sicherheit. Der zu erstellende Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat wird diesen Erfordernissen Rechnung tragen müssen und sollte klare Aussagen hinsichtlich einer nachhaltigen gesicherten Finanzierung der Landesverteidigung enthalten.

Generalmajor Dr. Johann Frank
Direktor für Sicherheitspolitik

Eine Neuausrichtung der gesamtstaatlichen Koordinationsstrukturen wäre notwendig. Die Schaffung einer „Stabsstelle für die Umfassende Sicherheitsvorsorge“ und die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Lagezentrums sollten ernsthaft erwogen werden.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT

Das Trendszenario 2016 zeigt klar, worauf es für Österreichs Sicherheit ankommt: die Stärkung der Widerstandsfähigkeit Österreichs, die Weiterentwicklung der Verteidigungsplanungen, das Festhalten an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und an internationalen Kooperationen sowie substanzielle Beiträge für ein stabiles Umfeld.

Für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen der Zukunft gibt es laut Trendszenario unterschiedliche Lösungsansätze. Sie haben das Ziel, Österreich widerstandsfähiger und sicherer zu machen.

Wichtig sind die Fähigkeit der Robustheit, erwartete Ereignisse zu bewältigen, und Lern- und Entwicklungsfähigkeit, um mit unerwarteten Ereignissen fertig zu werden.

Österreich stärken

Angesichts der Krisen, mit denen die EU und ihre Mitgliedsstaaten konfrontiert sind, stellt sich zunehmend die Frage nach der „Resilienz“ (siehe Glossar Seite 26) einzelner Staaten bzw. der EU in ihrer Gesamtheit. Resilienz bedeutet die Fähigkeit, mit vorhergesehenen bzw. unvorhergesehenen Ereignissen umgehen zu können und entsprechend widerstandsfähig zu sein.

Diese Fähigkeit ist in einem sich dynamisch wandelnden Sicherheitsumfeld für Staat und Bürger wichtiger denn je. Resilienz erfordert nach den Befunden der Forscher vor allem auch die Strategiefähigkeit von Staaten: Sie müssen dazu in der Lage sein, Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen so früh als möglich zu erkennen – und entsprechende Maßnahmenvorschläge für die Staatsführung zu entwickeln. Bisher verfügt Österreich über kein entsprechendes gesamt-

staatliches Lagezentrum, das diese Aufgaben erbringen kann. Dies ist für die Experten eines der größten Sicherheitsdefizite unseres Landes. Deshalb soll 2016 ein gesamtstaatliches Lagezentrum eingerichtet werden. Aufgabe des Zentrums ist die gemeinsame Bewertung von Risiken und Bedrohungen aus gesamtstaatlicher Sicht durch Experten aus den unterschiedlichen Ministerien und Institutionen. Die Ergebnisse fließen in eine strategische Vorausschau für Österreich und in Handlungsoptionen zur Bewältigung dieser Bedrohungen.

Verteidigungsplanungen weiterentwickeln

Die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa, im Nahen Osten, in Nordafrika, aber auch in Europa (siehe auch „Krisenregionen auf dem Prüfstand“, Seite 8) zeigen laut Trendszenario: Es ist wichtig, dass sich das österreichische Bundesheer konsequent auf einsatzwahrscheinliche Aufgaben ausrichtet. Diese sind im Strukturpaket (siehe Glossar Seite 26)

„ÖBH 2018“ bereits geplant. Aus der Sicht der Experten gibt es auch weiterhin kein erhöhtes konventionelles militärisches Risiko für Österreich. Daran hat auch der Ukraine-Konflikt für Österreich nichts geändert.

Notwendig werden könnten aber Einsätze des Bundesheeres zur Landesverteidigung für die Abwehr sogenannter asymmetrischer Angriffe (siehe Glossar Seite 26). Insbesondere nach den Anschlägen von Paris stehen der Schutz der Bevölkerung, ihrer Lebensgrundlagen und die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Staates im Vordergrund. Die Analysen und Ableitungen zeigen, dass dazu die Fähigkeiten des Bundesheeres konsequent weiterentwickelt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Führung, Aufklärung, Beweglichkeit sowie für die Spezialeinsatzkräfte. Rasche Reaktionsfähigkeit und personelle Durchhaltefähigkeit auch über einen längeren Zeitraum werden wichtiger. Es ist dringend notwendig, wieder in Streitkräfte zu investieren und damit die Einsatzbereitschaft zu erhöhen.



Oberst Dr. Reinhard E. Bösch
Abg. z. NR, Obm. d. Landesverteidigungsausschusses, Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

Ich erwarte mir, dass die Schwächung der Strukturen des Österreichischen Bundesheeres gestoppt wird, dass sich die Bundesregierung endlich der existenziellen Gefahr durch die unkontrollierte Massenzuwanderung bewusst wird und neben der Polizei auch das Bundesheer mit allen Kräften zur Sicherung der österreichischen Grenzen einsetzt.

Fortsetzung auf Seite 24

Resilienz. Das Sicherheitsumfeld verwandelt sich dynamisch. Die Widerstandsfähigkeit des Staates, wenn unvorhersehbare oder vorhersehbare Ereignisse eintreten, ist wichtiger denn je.



- 1 Bereit.** Es ist wichtig, dass sich das österreichische Bundesheer konsequent auf einsatzwahrscheinliche Aufgaben ausrichtet.
- 2 Kontrolle.** Insbesondere nach den Anschlägen von Paris stehen der Schutz der Bevölkerung, ihrer Lebensgrundlagen und die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Staates im Vordergrund, ohne auf die Hilfe für Flüchtlinge zu vergessen.
- 3 Weiterentwickeln.** Vor allem in den Bereichen Führung, Aufklärung, Mobilität, Schutz sowie für die Spezialeinsatzkräfte müssen neue Investitionen getätigt werden.



HERAUSFORDERUNGEN FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT

Fortsetzung von Seite 22/23

GSVP ausbauen und in Kooperationen investieren

Zum Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gibt es für Österreich keine Alternative. Ansätze dafür, wie die laufenden Krisenmanagement-einsätze, die Erstellung einer neuen Europäischen Sicherheitsstrategie und die Unterstützungsleistungen für Frankreich nach Aktivierung der Beistandsklausel, sollen in Richtung einer effektiven und ambitionierten europäischen Verteidigungspolitik weitergeführt werden.

Aus der Sicht der Experten muss sich Österreich im eigenen Interesse in angemessener Form einbringen. Das erfordert etwa die Fortsetzung der militärischen Krisenmanagement-Beiträge und den Ausbau der Kooperationen mit gleichgesinnten EU-Staaten. Im Rahmen der Erarbeitung der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie müssen die Verteidigungsdimension, die gemeinsame Bedrohungseinschätzung und die effizientere Verzahnung von Streitkräften im Mittelpunkt stehen.



Otto Pendl
Abg. z. NR, Obmann des Ständigen Unterausschusses des Landesverteidigungsausschusses

Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage, die unter anderem von den zu koordinierenden Flüchtlingsströmen, bei deren Bewältigung dem ÖBH wesentliche sicherheitspolizeiliche Assistenzaufgaben zukommen, geprägt ist, sind der Landesverteidigung jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für die Bewältigung der Situation braucht.



Sicherer. Ein entscheidender Beitrag des Bundesheeres für mehr Sicherheit in Österreich sind Beiträge zur Stabilisierung des sicherheitspolitischen Umfelds, das beinhaltet zunehmend auch den Schutz der Zivilbevölkerung.

Umfeld stabilisieren

Ein entscheidender Beitrag des Bundesheeres für mehr Sicherheit in Österreich sind größere und robustere Beiträge zur Stabilisierung des sicherheitspolitischen Umfelds. Die Anforderungen an die militärische Leistungsfähigkeit – wie bei Truppenschutz, Mobilität und Aufklärungsfähigkeit – steigen bei internationalen Einsätzen. Das liegt an den umfassenderen internationalen Einsatzmandaten, die zunehmend auch den Schutz der Zivilbevölkerung beinhalten.

Ein weiterer Grund für höhere Anforderungen an das Bundesheer sind die zunehmenden asymmetrischen Konflikte. Für Österreich sind Einsätze im Nahen Osten, in Nordafrika und in Subsahel-Afrika besonders wichtig. Die intensiveren Konflikte in der europäischen Nachbarschaft erfordern eine bessere Stabilisierung. Daher ist laut Trendszenario 2016 zu prüfen, inwieweit sich das Bundesheer im Rahmen eines gesamtstaatlichen zivil-militärischen Ansatzes mit zusätzlichen Kräften an UN-Friedensmissionen beteiligen soll, und was zu tun ist, um den zunehmend robuster und anspruchsvoller werdenden Missionen in geeigneter Form gerecht zu werden.



Gemeinsam. Zum Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Europa gibt es für Österreich keine Alternative.



Beitrag. Die intensiveren Konflikte in der europäischen Nachbarschaft erfordern eine bessere Stabilisierung. Es gilt zu prüfen, inwieweit sich das Bundesheer mit zusätzlichen Kräften an UN-Friedensmissionen beteiligen soll.

STARKE LEISTUNG – SICHERES ÖSTERREICH

Unsichere Zeiten erfordern mehr denn je ein starkes Bundesheer. Die aktuelle Leistungsbilanz unseres Bundesheeres zeigt, dass auf unser Heer Verlass ist.

Die kürzlich publizierte Leistungsbilanz des Bundesheeres 2013/2014 dokumentiert klar: Österreichs Bundesheer stellt seine Fähigkeiten auch in fordernden Zeiten verlässlich und eindrucksvoll unter Beweis. Wenn es um sicherheitspolizeiliche Assistenzen, die Bewältigung von Naturkatastrophen oder um den Schutz des österreichischen Luftraums geht, kann sich die Bevölkerung auf das Bundesheer verlassen. Aber auch die Auslandseinsätze des Bundesheeres haben positive Auswirkungen auf unsere Sicherheit. Die wichtigsten Ergebnisse der neuen Bundesheer-Leistungsbilanz auf einen Blick:

Sicherheitspolizeiliche Assistenz-einsätze: Das Österreichische Bundesheer unterstützt die Sicherheitsbehörden, wenn diese nicht mehr dazu in der Lage sind, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Auch 2013 und 2014 war es wieder verlässlich zur Stelle, etwa bei Personensuchen mit Hubschraubern oder bei der Identifikation und Beseitigung gefährlicher Stoffe.

Assistenzeinsätze zur Katastrophenhilfe: In den vergangenen Jahren war das Bundesheer nach Hochwasser- und Waldbrandbekämpfung besonders gefragt. So haben im Jahr 2013 SoldatInnen des Bundesheeres insgesamt ca. 30.000 Personentage und 377.000 Arbeitsstunden sowie im Jahr 2014 ca. 8.000 Personentage und 87.000 Arbeitsstunden in der Katastrophenhilfe geleistet. Im Rahmen dieser Einsätze sorgten 2013/2014 in der Katastrophenhilfe 6.587 SoldatInnen für Schutz und Hilfe.

Sicherer Luftraum: Das Bundesheer schützt Land und dazugehörigen Luftraum. So sorgte es auch in den Jahren 2013 und 2014 mit mehreren Einsätzen zur Luftraumüberwachung verlässlich für sicheren Luftraum. Ohne Luftraumüberwachung wären heute internationale Großveranstaltungen in Österreich und bei seinen Nachbarn nicht



Ansehen. Ob Katastropheneinsatz, Spezial-expertise oder Assistenzhilfe: Das Engagement des Bundesheeres genießt international ein sehr hohes Ansehen.

mehr möglich. Ziel entsprechender Operationen war es, angesichts der latenten Terrorgefahr die unrechtmäßige Nutzung des österreichischen Luftraums zu verhindern.

Auslandseinsätze: Neben den vielfältigen Aufgaben im Inland tragen auch die Auslandseinsätze des Bundesheeres wesentlich zur Sicherheit Österreichs bei. Sie helfen, Krisen vor Ort zu lösen und deren Folgen von der österreichischen Bevölkerung bzw. der EU fernzuhalten. Auf der Grundlage von Ministerratsbeschlüssen der österreichischen Bundesregierung beteiligten sich im Jahr 2013 im Jahresschnitt ca. 1.050 SoldatInnen, im Jahr 2014 ca. 900 SoldatInnen an bis zu 19 Auslandsmissionen. Der Schwerpunkt lag dabei wie bisher am Westbalkan. Experten des Bundesheeres sind z. B. auch in Afghanistan (International Security Assistance Force, Afghanistan – ISAF) oder in Afrika (European Union Force République Centrafricaine – EUFOR RCA) aktiv.

Internationale humanitäre Katastrophenhilfe: Gerade in jenen Ländern, die bereits von Kriegen und Konflikten betroffen



sind, haben Naturkatastrophen verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Direkte Folge ist oft der massive Anstieg von Flüchtlingen. Daher ist es besonders wichtig, dass das Bundesheer den Menschen vor Ort hilft. Unsere SpezialistInnen leisten seit Jahren wertvolle Arbeit, sei es bei der Trinkwasseraufbereitung, der Beseitigung von Flutschäden, der Suche von Verschütteten nach Erdbeben und der medizinischen Versorgung der Zivilbevölkerung.

Das Engagement des Bundesheeres genießt international ein sehr hohes Ansehen. In den vergangenen Jahren war das Bundesheer z. B. in Palästina, Bosnien, im Nordirak oder auch in Afrika aktiv.

Download der Leistungsbilanz 2013/2014 im Internet unter www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen

WICHTIGE FACHBEGRIFFE AUF EINEN BLICK

Asymmetrische Angriffe/ Bedrohungen

Damit ist organisierte Gewaltanwendung etwa durch organisierten Terrorismus gemeint. Sie kann als Strategie verstanden werden, deren Ziel es ist, die Stärken des Gegners zu umgehen und seine Schwächen auszunutzen. Reguläre militärische Auseinandersetzungen an der Front werden vom Schwächeren gemieden, und durch diese Kampfweise kommt es zu einem Krieg ohne Fronten. Die wichtigsten Besonderheiten der asymmetrischen Kampfführung liegen in der irregulären Kampfweise des schwächeren Akteurs, der ganz bewusst das Kriegerrecht nicht beachtet.

Direktion für Sicherheitspolitik

Die Direktion für Sicherheitspolitik ist das sicherheits- und verteidigungspolitische Beratungsorgan des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, des Generalstabschefs des Österreichischen Bundesheeres und anderen Dienststellen des Ministeriums. Sie betreut die Angelegenheiten des Nationalen Sicherheitsrates sowie die Mitwirkung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport an der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Außerdem koordiniert die Direktion die sicherheitspolitische Forschung des Verteidigungsressorts. Die neu geschaffene Abteilung für Menschenführung und Wehrpolitik fördert die wehrpolitische Unterstützung in der österreichischen Gesellschaft und entwickelt die innere Führung in den Streitkräften weiter.

Einsatzwahrscheinliche Aufgaben

Einsatzwahrscheinliche Aufgaben sind jene, die ausschließlich unter Anwendung militärischer Verfahren und unter Einsatz militärischer Mittel erfüllt werden können oder die den Einsatz militärischer Ver-

fahren und Mittel zur Unterstützung im Assistenzbereich gemäß Bundesverfassungsgesetz erforderlich machen.

EU-Battlegroup

EU-Battlegroups bestehen aus Soldaten mehrerer Nationen, die sich gemeinsam auf Einsätze vorbereiten. Sobald sie ihr Training absolviert haben, stehen sie jeweils für die Dauer eines halben Jahres bereit. Mögliche Einsatzszenarien für EU-Battlegroups reichen von humanitären und friedenserhaltenden Einsätzen über Evakuierungs- und Stabilisierungsoperationen bis hin zu Einsätzen zur Friedenssicherung.

Frozen Conflict

Ein eingefrorener Konflikt ist eine Situation zwischen Staaten oder staatsähnlichen Gebilden, bei der eine vorherige gewaltsame Auseinandersetzung durch eine (relative) Waffenruhe abgelöst wurde.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP)

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist schrittweise zwischen 1999 und 2003 entstanden und wurde durch den Vertrag von Lissabon wesentlich erweitert. Sie ist das wesentliche Instrument der EU zur Bewältigung vor allem der neuen, unkonventionellen Sicherheitsbedrohungen und führt militärische und zivile Missionen und Operationen zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit durch.

Hybride Bedrohung

Ziel einer Konfliktpartei ist nicht vorrangig die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung nationalen Zusammenhalts.

Konfrontative Multipolarität

Beschreibt die Situation einer mehrpoligen konfliktträchtigen globalen Weltordnung.

Nordische Kooperation (NORDEFCO)

NORDEFCO (Nordic Defence Cooperation) wurde 2009 gegründet. Sie umfasst Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden und soll die gemeinsame Operationen der nordischen Länder ermöglichen.

Resilienz

Gemeint ist die Fähigkeit von Personen oder Organisationen, mit – vorhergesehenen bzw. unvorhergesehenen – Ereignissen umgehen zu können und entsprechend widerstandsfähig zu sein.

Strukturpaket „ÖBH 2018“

Das am 23. Dezember 2014 von der Bundesregierung beschlossene Strukturpaket „Österreichisches Bundesheer 2018“ stellt die Grundlage für die weitere Entwicklung des Bundesheeres dar.

Visegrad-Gruppe

Die Visegrad-Gruppe (auch bekannt als „Visegrad Vier“ oder „V4“) wurde 1991 zur gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit bei der Überwindung des kommunistischen Erbes und dem Aufbau einer freien, demokratischen Gesellschaft und funktionierenden Marktwirtschaft gegründet. Sie besteht aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Nach Erreichen von NATO-Beitritt 1999 und EU-Beitritt 2004 entschloss man sich, die bislang so erfolgreiche Kooperation fortzuführen, nicht zuletzt, um durch gemeinsames Lobbying die Durchsetzung gemeinsamer Interessen innerhalb der EU zu verfolgen.



DIREKTION FÜR SICHERHEITSPOLITIK

ANALYSEN UND STRATEGIEN AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Die Direktion für Sicherheitspolitik ist das sicherheits- und verteidigungspolitische Beratungsorgan des Verteidigungsministers und des Generalstabschefs. In der Direktion werden Angelegenheiten des Nationalen Sicherheitsrates und der Sicherheitsvorsorge bearbeitet, politisch bindende Arbeitsgrundlage ist die Österreichische Sicherheitsstrategie.

Der Leiter der Direktion berät den Minister direkt zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen. Er ist beratendes Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat und Mitglied im Rat für Fragen der Integrations- und Außenpolitik. Als „Verteidigungspolitische Direktor“ vertritt der Leiter das Ministerium auch international.

DER SICHERHEITSPOLITISCHE ARBEITSMUSKEL DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESHEERES

Derzeit hat die Direktion vier Abteilungen: das Büro für Sicherheitspolitik, die Abteilung menschenorientierte Führung und Wehrpolitik (MFW), die Abteilung Militärpolitik (MilPol) und die Abteilung Attachéwesen (Att).

Das Büro für Sicherheitspolitik unterstützt den Leiter der Direktion: es werden sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagen bearbeitet, Zukunfts- und Trendanalysen erstellt, Unterlagen für den Minister vorbereitet. Das Büro koordiniert sicherheitspolitische Forschungsvorhaben in einem dichten Wissenschaftsnetzwerk.

Die Abteilung Menschenorientierte Führung und Wehrpolitik hat zwei Aufgabenfelder: einerseits beschäftigt sie sich im Bundesheer mit Angelegenheiten der Führung, des Führungsverhaltens und der inneren sozialen Lage, andererseits ist sie



Analyse. Strategie. Beratung. Alle relevanten Sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen werden in den Abteilungen der Direktion für Sicherheitspolitik bearbeitet, Strategien vorbereitet.

zuständig für die Wehrpolitik in die Gesellschaft zur Vermittlung wichtiger Grundwerte, für die Betreuung spezieller Zielgruppen und für die Traditionspflege.

Die Abteilung Militärpolitik beurteilt die Auslandsbeziehungen des Verteidigungsministeriums und vertritt dessen militärpolitische Interessen in internationalen Organisationen. Sie ist zuständig für internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Militärberatungen.

Die Abteilung Attachéwesen ist zuständig für zwischenstaatliche militärische Beziehungen und die Zusammenarbeit mit Streitkräften, für den militärdiplomatischen Dienst, die österreichischen Verteidigungsattachés und für das militärische Protokoll bei höchstrangigen Besuchen in Österreich.

KONTAKT:

Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Rossauer Lände 1, 1090 Wien • Telefon: +43(0)50201 1025430 • Fax: +43(0)50201 1017068 • Mail: bfsihpol@bmlvs.gv.at



SICHERHEITSPOLITISCHE JAHRESVORSCHAU 2016

DIREKTION FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Lesen Sie, was Österreichs und Europas Sicherheit fordert und welche Antworten das Österreichische Bundesheer darauf hat.



AKTUELLE NEUERSCHEINUNG!
Web-Download ab sofort unter bundesheer.at

DIESE THEMEN ERWARTEN SIE:

- Strategische Vorschau 2016
- Sicherheitspolitische Tendenzen
- Globale Perspektive
- Schwerpunkt Europa
- Fokus auf Österreich
- Trendszenario für Österreich
- Entwicklungen im Bundesheer